

**Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder  
am 7. März 1996  
in Berlin**

**Ergebnisprotokoll**

**TOP 5**

**Scientology-Organisation**

1. Die Regierungschefs der Länder halten es für erforderlich, daß Bund, Länder und Kommunen öffentlich vor den Praktiken der Scientology-Organisation warnen. Alle rechtlichen Möglichkeiten, dem Beherrschungsanspruch dieser weltweit operierenden Organisation entgegenzutreten, müssen konsequent genutzt werden.
2. Auf der Grundlage der Prüfberichte und Beschlüsse der
  - Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugendbehörden vom 6./7. April 1995,
  - Finanzministerkonferenz vom 02.02.1995 und 25.01.1996,
  - Wirtschaftsministerkonferenz vom 16.03.1995,
  - Innenministerkonferenz vom 19.05.1995 und 15.12.1995,
  - Justizministerkonferenz vom 12. - 14.06.1995 und
  - der Gesundheitsministerkonferenz vom 23./24.11.1995

werden die Länder insbesondere folgende Maßnahmen durchführen:

- Initiative für gesetzliche Regelungen über Dienstleistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe.
- Entzug der Rechtsfähigkeit der Vereine; Umsetzung der Forderung nach einer Gewerbebeanmeldung mit Prüfung einer Gewerbeuntersagung; Überprüfung auf Erfüllung der steuerlichen, sozialversicherungsrechtlichen, arbeitsschutzrechtlichen und gesundheitsschutzrechtlichen Pflichten.
- Unterbindung unzulässiger Straßenwerbung,
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die etwaige unerlaubte Ausübung der Heilkunde, insbesondere durch Ausübung des Auditings, strafrechtlich zu ahnden und sicherheitsrechtlich zu unterbinden,
- breiter Informationsaustausch, insbesondere Weitergabe von Erkenntnissen an Gewerbe- und Vereinsbehörden,
- Prüfung der Änderung des § 302 a StGB (Wucher).

- fortlaufende Prüfung, ob der Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes eröffnet ist.
  - Weiterverfolgung des Zieles, die Einleitung eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens durch den BMI zu erreichen.
3. Die Regierungschefs der Länder beauftragen die zuständigen Fachminister, bis zur Ministerpräsidentenkonferenz am 13. Juni 1996 einen Zwischenbericht über das Ergebnis der in Ziffer 2 festgelegten Maßnahmen vorzulegen.<sup>1)</sup>
  4. Darüber hinaus wiederholen die Regierungschefs der Länder ihr an die Bundesregierung gerichtetes Ersuchen vom 07.12.1994, das Thema Scientology auch auf europäischen Fachministerkonferenzen aufzugreifen.
  5. Die Regierungschefs der Länder stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sicher, daß scientologybetroffene Bürger eine Anlaufstelle haben.

---

1. Es besteht Einverständnis, daß die Innenminister in diesem Zusammenhang auch berichten sollen, inwieweit sichergestellt werden kann, daß die öffentlichen Stellen als Bestandteil der Verträge mit externen Unternehmen, insbesondere Beratungs- und Schulungsfirmen, Erklärungen aufnehmen, in denen die Firma versichern muß, daß sie weder nach der „Technologie von L. Ron Hubbard“ arbeitet noch ihre Mitarbeiter noch die Geschäftsleitung entsprechend schult oder schulen läßt.